

Die Geldschwemme
Stützen die Notenbanken mit ihren Massnahmen vor allem die Aktienkurse für Wohlhabende? **11**

Eine pinke Invasion
PR-Gag oder Kunst? Eine Marketingfrau will die Aare zum Kunstwerk machen. **17**

Es wird noch TV geguckt
Das Fernsehen muss sich im Kampf gegen das Internet sputen. Und tut oft des Guten zu viel. **25**



Schräge Typen
Der Berner Autor Jürgen Theobaldy sucht und findet Berner Originale. **28**

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Mittwoch, 1. Juli 2020 — 171. Jahrgang, Nr. 151 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Heute im «Bund»

Rieter gerät in Bedrängnis

Usbekistan-Geschäfte Der Schweizer Textilmaschinenbauer Rieter hat in Usbekistan Geschäfte abgewickelt, die ein Kriminologieprofessor als «höchst irregulär» bezeichnet. **Seite 7**

Rettungsaktion des Bundes

Energie aus Erdwärme Strom aus Geothermie: In der Schweiz ist das bislang alles andere als eine Erfolgsgeschichte. Nun will der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. Doch das ist umstritten. **Seite 9**

Nur ein Unentschieden in Genf

Young Boys Die Berner verlieren erneut wichtige Punkte im Kampf um die Meisterschaft. Gegen Servette kamen sie nicht über ein 1:1-Remis hinaus. **Seite 14**

Neuanlauf auf Schützenmatte

Stadt Bern Mit Sozialarbeit vor Ort will der Verein Medina die Kriminalität und Gewalt auf der Schützenmatte vor der Reitschule vermindern. **Seite 17**

Service

Todesanzeigen	4	TV/Radio	18
Leserbriefe	10	Wetter	19
Börse	12	Kinoprogramm	22

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11

Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalstar), Mail: abo@derbund.ch



ANZEIGE

**Endlich Sommer
Stress
abbauen!**



**JETZT!
Starke Nerven
und innere Gelassenheit**

In Drogerien
und Apotheken

PADMA

Schnegg will Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr

Schutzmassnahme Bern als Vorreiter: Bereits in dieser Woche könnte die Maske in Zug und Bus Pflicht werden – inklusive Kontrollen. Der Entscheid fällt heute.

Simon Wälti und Selina Grossrieder

Jetzt soll es schnell gehen: Heute entscheidet der Regierungsrat über eine Maskenpflicht in Zügen, Bussen und Trams für den Kanton Bern. Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP) hofft, dass der Regierungsrat seinem Antrag zustimmt. Mit Beginn der Sommerferien werde es in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu einer viel stärkeren Mischung von Pendlern, Touristen und Ausflüglern kommen, sagt Schnegg. Er will darum die Maskenpflicht möglichst noch diese Woche einführen. Dafür spreche der Anstieg der Fallzahlen. «Ich hoffe, dass die Bevölkerung versteht,

dass Vorsicht geboten ist.» Da es sich um eine Pflicht handle, werde es auch Kontrollen und «notigenfalls Sanktionen» geben.

Gesundheitspolitiker begrüssen eine Maskenpflicht. Es sei wichtig, dass Bern als grosser Kanton eine Vorreiterrolle übernehme, sagt Grossrätin Elisabeth Striffeler-Mürset (SP). Und für FDP-Grossrat und Arzt Hans-Peter Kohler ist die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr «dringend notwendig».

Ruf nach nationaler Lösung

Angesichts der wieder zunehmenden Ansteckungen mit dem Virus debattieren nebst Bern auch die Kantonsregie-

rungen von Genf und vom Tessin über eine regionale Maskenpflicht im ÖV. Lauter wird ausserdem der Ruf nach einer nationalen Lösung. Lukas Engelberger (BS, CVP), Präsident der kantonalen Gesundheitsdirektoren, sagt: «Um auf dem Intercity von Genf nach Romanshorn eine durchgehende Maskenpflicht zu haben, braucht es eine Bundeslösung.» Und Matthias Egger, Leiter der wissenschaftlichen Taskforce des Bundes, findet, ein Flickenteppich sei in dieser Frage «nicht dienlich».

Neue Studien zeigen: Wer eine Maske trägt, hilft nicht nur seinem Umfeld, sondern schützt sich auch selbst vor einer Ansteckung. **Seite 2, 15 und 27**

Der verhaltene Start in die Badesaison



Öffentliche Bäder Zwar hat der Bund die Vorgabe aufgehoben, die Anzahl der Badegäste zu begrenzen. Die Bäder Muri und Köniz halten dennoch an Obergrenzen fest. In anderen Bädern wie dem Marzili ruft man die Badegäste zur Eigenverantwortung auf. **(lok) Seite 15** Foto: Franziska Rothenbühler

Deutscher EU-Vorsitz lässt Schweiz hoffen

Europapolitik Heute übernimmt Deutschland für ein halbes Jahr den EU-Ratsvorsitz. Kanzlerin Angela Merkel spricht angesichts anstehender Projekte wie des 750 Milliarden Euro schweren «Wiederaufbaufonds» nach der Corona-Krise von der «grössten Herausforderung in der Geschichte der Europäischen Union». Die Schweiz hofft derweil auf deutsche Schützenhilfe beim Rahmenabkommen. **(red) Seiten 3 und 8**

Migros informierte Behörden zu spät

Plastikrecycling Die Migros lancierte mit grossem Brimborium ein Projekt für Plastikrecycling. Zwei Wochen später hat es bereits Verspätung. Nun ist klar, wieso: Die Migros hat es versäumt, die erforderliche Konzession zu organisieren. Das hat mit der Planung zu tun: Erst kurz vor der Bekanntmachung des Projekts wurden die zuständigen Gremien informiert. Zu spät, um das Ganze noch rechtzeitig aufzugleisen. **(phf) Seite 12**

Maturzeitungen werden nach wie vor ignoriert

Jugendkultur Alle Jahre wieder: Maturandinnen und Maturanden geben eine Zeitung heraus, auf welche die Lehrerschaft wohl getrost verzichten könnte. Es dominieren darin Scherz, Satire und Spötleien. Maturzeitungen werden von den Schulen bis heute kaum systematisch aufbewahrt und von der Forschung ignoriert. – Drei Lektionen anhand von Berner Beispielen, die bis ins Jahr 1940 zurückreichen. **(klb) Seite 21**

Kommentar

Vor der schwierigsten Reformation

Es gibt kaum Organisationen, die vom gesellschaftlichen Wandel härter getroffen werden als Kirchen. Jahrhundertlang spielten sie nahezu unangefochten die Rolle des Sinnstifters. Und nun das: Allein in der Stadt Bern hat die reformierte Kirche in den letzten 30 Jahren mehr als 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren.

Massiv weniger Menschen in den immer noch gleichen, riesigen und teuren Gebäuden: Diese Diskrepanz droht die Kirchgemeinden zu zerreissen. Die Berner Antwort darauf ist keine neue. Es ist die gleiche wie in Zürich. Fusion lautet das Zauberwort. Die zwölf einzelnen Kirchgemeinden sollen zu einer einzigen verschmelzen.

Das Projekt, an dem seit einer gefühlten Ewigkeit gewerkelt wird, hat nun einen Meilenstein passiert. Der Fusionsvertrag liegt auf dem Tisch. Bis im November läuft eine Vernehmlassung. Abgestimmt wird irgendwann.

Was vorliegt, scheint weniger konkret zu sein als Ideen, die schon vor zwei Jahren diskutiert wurden. Damals war die Rede von einer Gemeinde mit fünf Kirchenkreisen. Solche Kreise sollen nun erst nach einer allfälligen Fusion diskutiert werden.

Das zeigt, wie delikate die Sache ist. Ist das Vorgehen zu forscht, droht das Projekt zu platzen. Das Ergebnis wäre im schlimmsten Fall eine Nullnummer. Kaum besser wäre es, wenn neben einer grossen, fusionierten Gemeinde noch einzelne kleine Gemeinden bestehen blieben – ein reformierter Flickenteppich.

Angesichts der immensen Schwierigkeiten, denen die reformierten Gemeinden in Bern gegenüberstehen, ist ein behutsames Vorgehen angezeigt. Gelingt die Fusion, wird es einfacher sein, Antworten zu finden. Denn erst wenn das Klein-Klein der Einzelinteressen wegfällt, lässt sich konstruktiv darüber reden, welche Liegenschaften es noch braucht, welche Rolle dem Münster zugewiesen werden soll und wie ein vielseitiges, reichhaltiges und zeitgemässes kirchliches Angebot in einer Stadt wie Bern aussehen könnte.

Dölf Barben
Redaktor Ressort Bern

Fusion als Antwort auf massives Schrumpfen

Reformierte Kirche Bern Die Entwicklung ist dramatisch. Innerhalb von 30 Jahren hat sich die Zahl der Reformierten in der Stadt Bern von über 80'000 auf unter 50'000 reduziert. Die Talsohle scheint noch nicht erreicht zu sein. Nun holen die Reformierten zum Befreiungsschlag aus: Sie wollen alle zwölf Kirchgemeinden fusionieren. Jetzt ist ein Meilenstein erreicht worden. **(db) Seite 16, Kommentar oben**